

Psychiater schreiben ihre Patienten oft zu lange krank

Psychisch Kranke laufen häufig Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dies könnte laut einer Studie verhindert werden, wenn die Ärzte vermehrt den direkten Kontakt zu den Arbeitgebern suchten.

Markus Brotschi
Bern

Jährlich begeben sich in der Schweiz eine halbe Million Menschen in psychiatrische Behandlung, vier Fünftel sind im erwerbsfähigen Alter. Jeder zweite dieser Patienten hat Probleme am Arbeitsplatz oder keine Arbeit, wie eine neue Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) zeigt. Wegen ihrer Erkrankung sind die Betroffenen nicht voll leistungsfähig oder haben Konflikte am Arbeitsplatz. Die häufigsten Leiden sind Depressionen, neurotische Störungen und Persönlichkeitsstörungen.

Kein Land hat laut der Studie so gute Voraussetzungen zur Behandlung der Patienten wie die Schweiz. Auf 2000 Einwohner kommt ein Psychiater, dreimal mehr als im Durchschnitt der OECD-Länder. Dazu kommen Tausende von therapeutisch tätigen Psychologen. «Dieses Angebot ist weltweit einmalig und für die Betroffenen erfreulich», sagt Niklas Baer, Mitautor der Studie und Leiter der Fachstelle Psychiatrische Rehabilitation an der Psychiatrie Baselland. Allerdings würden diese Ressourcen zu wenig dafür eingesetzt, die Betroffenen im Arbeitsprozess zu behalten. Ein Drittel der Patienten wird im Verlauf eines Jahres einmal oder mehrmals arbeitsunfähig geschrieben, teilweise so lange, dass eine Rückkehr an den Arbeitsplatz schwierig wird. Rund die Hälfte der jährlich neu ausgerichteten Renten der Invalidenversicherung (IV) werden wegen psychischer Leiden zugesprochen.

Im Durchschnitt werden die Patienten rund ein halbes Jahr krankgeschrieben. Bei Persönlichkeitsstörungen, dem häufigsten Grund für eine IV-Rente aus psychischen Gründen, dauert die Absenz oft noch länger, mit gravierenden Folgen: «Nach einem halben Jahr erwartet kaum mehr ein Arbeitgeber den Mitarbeitenden zurück», sagt Baer. Gleichzeitig nehme mit der Dauer der Absenz die Angst des Patienten vor einer Rückkehr an die Arbeit zu. Arbeitskonflikte spielten hier eine wesentliche Rolle – und nicht in erster Linie eine generelle Arbeitsunfähigkeit.

Ärzte wollen Patienten schützen
Für die Studie wurden erstmals in der Schweiz alle Psychiater mit eigener Praxis und Ärzte in psychiatrischen Kliniken und Ambulatorien zum Thema der Arbeitsintegration befragt. Die häufigste auf den Arbeitsplatz bezogene Intervention der Psychiater ist das Ausstellen von Arbeitsunfähigkeitszeugnissen. In 80 Prozent der Fälle sehen die Psychiater ihre Patienten am Arbeitsplatz unfair behandelt und wollen sie deshalb vor den Arbeitgebern schützen. Bei der Befragung gaben die Ärzte an, dass sie ihre Patienten häufig länger krankgeschrieben, als sie es aus fachlicher Sicht für nötig hielten. Und Patienten, die klagten, würden länger von der Arbeit dispensiert als die anderen. Ein solches Engagement für den Patienten könne therapeutisch hilfreich sein, «gefährdet aber in dieser Einseitigkeit den Arbeitsplatz der Patienten», warnt die Studie.

«Den Ärzten kommt oft ihre an sich gute und enge therapeutische Beziehung zum Patienten in die Quere», sagt Baer. Um diesen Loyalitätskonflikt aufzulösen, müssten die Ärzte mehr unterstützt werden. So brauche es etwa Leitlinien, an denen sie sich bei der Dauer von Arbeitsabsenzen orientieren könnten. Die Studie empfiehlt zudem, nach 2 bis 3 Monaten Arbeitsplatzabsenz eine ärztliche Zweitmeinung einzuholen.

Das Hauptproblem ortet die Studie beim fehlenden Kontakt der Psychiater zum Arbeitgeber der Patienten. Die Ärzte geben zwar an, die Arbeitsaufgaben ihrer Patienten gut zu kennen. Diese Kenntnis beruht jedoch meist auf den Beschreibungen der Patienten. Den Vorgesetzten oder das Arbeitsklima kennen die Psychiater aber kaum persönlich. Dies liegt unter anderem daran, dass die Patienten dies nicht wollen. Dabei könnten der frühzeitige Kontakt zum Arbeitgeber und Anpassungen am Arbeitsplatz



An Praxen fehlt es nicht: In der Schweiz kommt auf 2000 Einwohner ein Psychiater. Foto: Saul Robbins (Plainpicture)

häufig eine Eskalation verhindern. Die Psychiater realisieren in der Regel lange vor dem Arbeitgeber, dass sich ein Problem anbahnt. «Es braucht unbedingt finanzielle Anreize, damit Psychiater und Hausärzte sich stärker im Alltag der Patienten engagieren», sagt Baer. Die neuen Tarifregelungen des Bundesrats, die ärztliche Kontakte mit Drittpersonen limitieren, seien da kontraproduktiv.

Es geht nicht mit allen Chefs

Baer räumt ein, dass es Vorgesetzte gibt, die kein Verständnis für psychische Erkrankungen hätten. «Dann hat der Kontakt kaum einen Sinn.» Aber bei Patienten, die mehrfach wegen ihrer Auffälligkeiten an Arbeitsstellen gescheitert seien, gebe es kaum Alternativen zum

Kontakt mit dem Vorgesetzten. «Die Psychiater können den Arbeitgebern am besten erklären, was sie den betroffenen Mitarbeitern zumuten dürfen, welche Anpassungen es braucht», so Baer. Aber der Patient muss einverstanden sein.

Auch die Psychiater haben das Problem erkannt. «Tatsächlich kennen viele Ärzte den Arbeitsplatz ihrer Patienten nicht», sagt Pierre Vallon, Mitautor der Studie und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (SGPP). Der therapeutische Umgang mit Arbeitsproblemen müsse Teil der ärztlichen Weiterbildung werden. Zur Reduktion von Absenzen verweist Vallon auf ein neues Tool, das kürzlich vorgestellt worden ist. Der Arzt beurteilt anhand eines Arbeitsplatzpro-

«Den Ärzten kommt oft ihre an sich gute und enge therapeutische Beziehung zum Patienten in die Quere.»

Niklas Baer, Co-Autor der Studie

files, welches Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam formulieren, was der Patient leisten kann. Aber auch direkte Kontakte zum Arbeitgeber müssten systematischer gepflegt werden, sagt Vallon. Falls die Patienten den Kontakt nicht wünschten, müssten sie von den Ärzten darauf hingewiesen werden, dass der Arbeitsplatz auf dem Spiel stehe.

Probleme am Arbeitsplatz

Nach 20 Monaten eskaliert die Situation

Die Erwerbssituation sollte in vielen Fällen das Hauptthema der Therapie sein.

In der Schweiz sind in den letzten Jahrzehnten immer mehr Menschen mit psychischen Problemen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden. Dies zeigt sich unter anderem in der Statistik der Invalidenversicherung (IV). Von den 220 000 IV-Renten werden rund 100 000 aufgrund psychischer Erkrankungen ausgerichtet. Erstmals wurden nun Psychiaterinnen und Psychiater umfassend zu ihren Patienten mit Arbeitsproblemen befragt. Von den jährlich 500 000 psychiatrisch behandelten Patientinnen und Patienten sind 83 Prozent im Erwerbsalter, und 50 Prozent sind effektiv erwerbstätig. Von diesen Erwerbstätigen haben 87 000 psychisch bedingte Probleme am Arbeitsplatz. Weitere 137 000 Patienten sind arbeitslos, beziehen Sozialhilfe oder eine IV-Rente.

Der umfangreichste Teil der vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) publizierten Untersuchung

«Patienten mit Arbeitsproblemen» widmet sich jenen Personen, die noch eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt haben. Beschrieben werden fünf Problemmuster, die sich am Arbeitsplatz manifestieren:

- Patienten mit überengagiertem, rigidem Arbeitsverhalten. Diese Patienten stellen ihre eigenen Bedürfnisse zurück, reagieren auf Zurückweisung und fehlende Anerkennung gekränkt oder passiv-aggressiv.
- Patienten mit undiszipliniertem und impulsivem Arbeitsverhalten. Sie sehen sich in einer Opferrolle und geben anderen die Schuld für Fehler.
- Patienten mit ängstlich-vermeidendem Verhalten. Sie wollen es allen recht machen, übernehmen wenig Verantwortung und können sich nicht durchsetzen. Dieses Muster führt häufig zu Arbeitsunfähigkeit.
- Patienten, die häufig fehlen (Absentismus).
- Patienten mit einem Suchtproblem. Sie haben den höchsten Anteil an den Patienten mit langen Arbeitsabsenzen.

Die Studie empfiehlt den behandelnden Ärzten eine frühzeitige Kontaktauf-

nahme mit den Arbeitgebern beziehungsweise mit den Vorgesetzten der Patienten. So könne eine Eskalation vermieden werden. Die Erwerbssituation sollte in der Therapie bei Patienten mit Arbeitsproblemen nicht ein Thema von vielen sein, sondern das Hauptthema, heisst es in der Studie.

Die Problemverläufe am Arbeitsplatz dauern in der Regel rund 40 Monate, wobei laut Studie die Phase des Problembeginns etwa 20 Monate umfasst. Danach eskaliert die Situation laufend: Die zwischenmenschlichen Konflikte nehmen zu, der Arbeitnehmer ist an seiner Stelle immer stärker überfordert, und schliesslich schreibt der Arzt seinen Patienten krank. Am Ende dieses Problemverlaufs befinden sich nur noch 30 Prozent der Patienten in einer nicht prekären Erwerbssituation. Häufiger kommt es hingegen zur Krankschreibung mit oder ohne Rückkehr an den Arbeitsplatz oder sogar zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Viele Patienten, deren Problemverläufe die Ärzte beschrieben, hatten in ihrem Leben wiederholt Konflikte mit Vorgesetzten. (br)

In eigener Sache

Zum Wechsel in der Chefredaktion des «Tages-Anzeigers»

Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Per Ende Jahr übergibt Arthur Rutishauser die Chefredaktion des «Tages-Anzeigers» an Judith Wittwer. Arthur Rutishauser übernimmt nach zwei erfolgreichen Jahren als Chefredaktor des «Tages-Anzeigers» die Chefredaktion der neuen Redaktion Tamedia, die für alle unsere Tageszeitungen in der Deutschschweiz über nationale und internationale Themen berichtet wird, also auch für den «Tages-Anzeiger».

Mit Judith Wittwer konnten wir eine ausgezeichnete Journalistin für die anspruchsvolle Aufgabe der Chefredaktion gewinnen. Sie kennt den «Tages-Anzeiger» bestens und hat diese Zeitung in den vergangenen Jahren mitgeprägt.



Judith Wittwer
Chefredaktorin

Bereits während ihres Studiums der Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen arbeitete Judith Wittwer als Journalistin bei einem Lokalradio. Nach dem Abschluss 2002 kam sie als Volontärin auf die Redaktion des «Tages-Anzeigers». Parallel dazu absolvierte sie die Schweizer Journalistenschule MAZ in Luzern und arbeitete später weiter für den «Tages-Anzeiger», unter anderem als Wirtschaftskorrespondentin in Frankfurt. Nach einem dreijährigen Ausflug zur «Handelszeitung» kehrte sie 2014 auf die Redaktion des «Tages-Anzeigers» zurück. Zunächst als Leiterin der Stabsstelle der Chefredaktion und Nachrichtenchefin, seit 2015 als Mitglied der Chefredaktion von «Tages-Anzeiger» und «Sonntagszeitung». In den letzten Jahren war sie hauptsächlich für strategische und organisatorische Fragen verantwortlich. Nun übernimmt sie knapp 125 Jahre nach dem ersten Erscheinungstag des «Tages-Anzeigers» am 2. März 1893 die Gesamtverantwortung, worüber wir sehr glücklich sind.

Im Namen des Verwaltungsrats und der Unternehmensleitung von Tamedia sowie im Namen meiner Familie als Hauptaktionärin von Tamedia danke ich Arthur Rutishauser für sein Wirken als Tagi-Chefredaktor in den vergangenen beiden Jahren. Er hat uns alle mit seiner Leistungskraft und mit seiner Leidenschaft für den Journalismus beeindruckt. Zusätzlich zur Führung der Redaktion und zur grundlegenden Erneuerung der Strukturen der Wertschöpfung hat er als profiliertes Recherchejournalist und Kommentator des Geschehens eine wichtige Vorbildfunktion wahrgenommen.

Wir wünschen Arthur Rutishauser und Judith Wittwer bei der Erfüllung ihrer neuen Aufgaben weiterhin viel Erfolg, und ich freue mich auf die Fortführung unserer Zusammenarbeit.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, danke ich für Ihr tägliches Interesse und für Ihr Vertrauen, und ich wünsche Ihnen einen guten Start in ein hoffentlich glückliches neues Jahr!

Pietro Supino, Verleger und Präsident des Tamedia-Verwaltungsrats

Mafia-Unterstützer zu Haftstrafen verurteilt

Im Prozess gegen zwei im Tessin aktive Mitarbeiter der kalabrischen Mafia-Organisation 'Ndrangheta hat das Bundesstrafgericht am Freitag das Urteil gefällt. Es sprach in beiden Fällen mehrjährige Haftstrafen aus. Die Anklage gegen die beiden Männer lautete auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, schwere Geldwäscherei, Dokumentenfälschung und Verstöße gegen das Ausländergesetz. Sie hatten über mehrere Jahre Beträge in Millionenhöhe für eine in Mailand tätige Zelle der 'Ndrangheta gewaschen. (SDA)